

Nr. 9212 - 723 - 16690

München, den 12.7.1982

Tel. 9214-2116

1. Teilgenehmigung nach § 7 Atomgesetz (AtG)
zur Errichtung des Kernkraftwerks Isar 2 (KKI 2)

möglich. Auch wären diese im Bereich des Restrisikos, so umfassend sie auch immer sein mögen, nicht mehr zweckmäßig, da sie als technische Einrichtungen vom Prinzip her ebenfalls versagen können. Ein weiterer Beitrag zur Minimierung des verbleibenden Restrisikos kann jedoch auch beim KKI 2 durch Notfallschutzmaßnahmen geleistet werden. Insbesondere ermöglicht es die Beschaffenheit des Standorts, für das KKI 2 wirksame Katastrophenschutz-Vorsorgemaßnahmen nach dem Bayerischen Katastrophenschutzgesetz zu treffen (s. Abschnitt B.7.7.).

4.2 Entsorgungsvorsorge

Nach § 9 a Abs. 1 AtG besteht für denjenigen, der eine kerntechnische Anlage errichtet und betreibt, die Verpflichtung, für die schadlose Verwertung von anfallenden radioaktiven Reststoffen oder ggf. für deren geordnete Beseitigung als radioaktive Abfälle zu sorgen.

Das Ergebnis der Prüfung der von den Antragstellern eingeleiteten Maßnahmen zur Entsorgungsvorsorge sowie die Planungen im Rahmen des Entsorgungskonzepts der Bundesrepublik Deutschland lassen mit hinreichender Sicherheit eine ausreichende Entsorgung des KKI 2 erwarten. Im einzelnen ist hierzu festzustellen:

Die Regierungschefs von Bund und Ländern haben mit Beschluß vom 28.09.1979 zur Entsorgung der Kernkraftwerke bestätigt, daß die Arbeiten zur Verwirklichung des integrierten Entsorgungskonzepts fortgesetzt werden. Die niedersächsische Landesregierung hat ihre Bereitschaft erklärt, die Errichtung eines Endlagers in Gorleben zuzulassen, sobald die Erkundung und bergmännische Erschließung des Salzstockes ergibt, daß dieser für eine Endlagerung geeignet ist. Deshalb sollen die Erkundung und bergmännische Erschließung des Salzstockes zügig vorangeführt und das laufende Planfeststellungsverfahren für ein Endlager

im Salzstock Gorleben fortgeführt werden. Die Planungen für das integrierte Entsorgungskonzept schließen auch die Errichtung einer Wiederaufarbeitungsanlage in der Bundesrepublik Deutschland ein. In Ergänzung zum bisherigen Entsorgungskonzept soll außerdem gleichzeitig die Realisierbarkeit anderer Entsorgungstechniken, wie z.B. die Direktendlagerung der abgebrannten Brennelemente ohne Wiederaufarbeitung, untersucht werden.

Entsprechend dem Beschluß der Regierungschefs vom 28.09.1979 sollen die nach dem deutschen Entsorgungskonzept vorgesehenen oberirdischen Fabrikationsanlagen sowie die Anlagen des Bundes zur Sicherstellung und zur Endlagerung der radioaktiven Abfälle spätestens zum Ende der 90er Jahre betriebsbereit sein.

Die Erkundungen des für das Endlager vorgesehenen Salzstocks in Gorleben gehen planmäßig voran. Nach heutigem Kenntnisstand über die allgemeinen geologischen Verhältnisse im norddeutschen Raum und über die bisher bekannten Eigenschaften des Salzstockes von Gorleben kann erwartet werden, daß seine Eignung für die Endlagerung von radioaktiven Abfällen durch die fortschreitende Erkundung bestätigt werden kann (siehe Bericht der Bundesregierung über die Entsorgungslage der Kernkraftwerke vom 10.10.1981).

Auch die Errichtung einer industriellen Wiederaufarbeitungsanlage zeichnet sich in der Bundesrepublik Deutschland ab. Die Hessische Landesregierung, die Landesregierung Rheinland-Pfalz und die Bayerische Staatsregierung haben ihre Bereitschaft erklärt, einen Antrag auf Errichtung und Betrieb einer Wiederaufarbeitungsanlage zu prüfen. Mit der Standortvorauswahl wurde in diesen Bundesländern bereits begonnen.

Im Einklang mit dem Beschluß der Regierungschefs vom 28.09.1979 ist außerdem in Ahaus (Nordrhein-Westfalen) und

in Gorleben (Niedersachsen) die Errichtung externer Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente geplant. Die atomrechtlichen Genehmigungsverfahren wurden hierfür bereits eingeleitet. Für das Zwischenlager in Gorleben ist die baurechtliche Genehmigung für die Lagerhalle bereits erteilt worden. Daß die vorgesehene Zwischenlagerung über einen Zeitraum von mindestens 20 Jahren ohne sicherheitstechnischen Bedenken möglich ist, wurde von der Reaktorsicherheitskommission und der Strahlenschutzkommission bestätigt.

Für die Übergangszeit zwischen dem ersten Anfall abgebrannter Brennelemente und dem Abtransport zu den geplanten Entsorgungseinrichtungen sind im KKI 2 Zwischenlagerungsmöglichkeiten vorgesehen. Im Lagerbecken des KKI 2 wird neben dem Platz für eine vollständige Kernladung eine Lagerkapazität für etwa neun Entlademengen zur Verfügung stehen (s. Abschnitt B.3.3.4).

Die dargelegten Maßnahmen entsprechen den in den "Grundsätzen zur Entsorgungsvorsorge für Kernkraftwerke" vom 29.02.1980 (BANz Nr. 58 vom 22.03.1980) niedergelegten Anforderungen.

Unbeschadet der bisher eingeleiteten Maßnahmen zur Entsorgung des KKI 2 werden weitere Teilgenehmigungen jedoch nur dann erteilt werden, wenn erneute Überprüfungen der Entsorgungsvorsorge weiterhin ein positives Gesamtergebnis ermöglichen (s. Abschnitt V/4). Den Antragstellern wurde auferlegt, die zum Nachweis der Entsorgungsvorsorge vorgelegten Unterlagen im weiteren atomrechtlichen Genehmigungsverfahren fortlaufend zu konkretisieren und eine erhebliche Veränderung der Entsorgungsvorsorge dem StMLU unverzüglich mitzuteilen (s. Abschnitt III.3.8).

Die beim Betrieb des KKI 2 anfallenden schwach- und mittelradioaktiven Abfälle und kontaminierten Teile können

bis zu einer anderweitigen Verwertung, Zwischenlagerung und Beseitigung im KKI 2 schadlos gelagert werden (s. Abschnitt B.3.3.4).

Eine geordnete Beseitigung der zwischengelagerten schwach- und mittelradioaktiven Abfälle soll durch das Verbringen in ein Endlager erfolgen, das gem. § 9 a Abs. 3 AtG durch den Bund zu errichten ist. Bezüglich der Einlagerung radioaktiver Abfälle liegen durch den Betrieb der Versuchslagerstätte Asse II in Niedersachsen bereits umfangreiche Erfahrungen vor. Die erforderlichen Verwaltungsverfahren für das Endlager in Gorleben und die Einlagerung im ehemaligen Eisenerzbergwerk Konrad wurden bzw. werden in Kürze eingeleitet. Über die Einleitung eines Planfeststellungsverfahrens für das ehemalige Salzbergwerk Asse II soll Anfang 1983 entschieden werden.

5. Eingeschlossene Genehmigungen für den Kühlturm

5.1 Immissionsschutzrechtliche Genehmigungsvoraussetzungen

Der Naturzug-Naßkühlturm kann am Standort so errichtet und betrieben werden, daß schädliche Umwelteinwirkungen, sonstige Gefahren sowie Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und Nachbarschaft nicht hervorgerufen werden. Die Errichtung des Kühlturms läßt mit Ausnahme der üblicherweise mit einer Großbaustelle im Außenbereich verbundenen Beeinträchtigung keine Immissionen erwarten (s. §§ 5, 6 BImSchG).

Der Betrieb des Kühlturms, bei dem durch technische Maßnahmen Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen getroffen wird, insbesondere im Hinblick auf Lärm durch Schallschutzwände und auf Sprühaustrag durch den Einbau von Tröpfchenabscheidern mit hohem Wirkungsgrad, läßt die nach dem Stand der Technik mögliche Schonung der Umwelt erwarten. Die Belastung der Umgebung durch den Austrag von